Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 166 (2000)

Heft: 1

Artikel: Sicherheitspolitik 2000 : die Diskussion geht weiter

Autor: Däniker, Gustav

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-66527

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sicherheitspolitik 2000

Die Diskussion geht weiter

Bei der Behandlung der «Sicherheitspolitik 2000» im Nationalrat tauchten über das Konzeptionelle hinaus einige wichtige Fragen auf, mit denen sich eine vertiefte Auseinandersetzung aufdrängt. Sie betreffen den «Fahrplan» der A XXI, die Entwicklung im strategischen Umfeld, die heutige und künftige Bedrohungslage sowie das Ausmass unserer staatlichen Handlungsfreiheit. Die folgenden Ausführungen bestätigen die Marschrichtung der neuen Strategie der «Sicherheit durch Kooperation».

Innere Hindernisse und turbulentes strategisches Umfeld

Der Fahrplan der «Sicherheitspolitik 2000» sieht vor, dass nach der Debatte im Ständerat in der Märzsession ihre Umsetzung eingeleitet wird. Als Unsicherheitsfaktor bleibt allerdings die «Umverteilungsinitiative der SPS» (UMVI), welche die Militärausgaben auf der Hälfte des Standes von 1987 (!) einfrieren möchte, während die gesparten Gelder in die zivile Friedenssicherung fliessen sollen. Der Nationalrat hat sie bereits klar abgelehnt. Auch vor dem Volk – die Abstimmung soll im September oder November 2000 stattfinden – hat die UMVI kaum Chancen. Weit herum wird eingesehen, dass damit die Armee XXI zum vorneherein amputiert, wenn nicht gar verunmöglicht würde. Bedrohlicher nimmt sich das von der AUNS angekündigte Referendum gegen die Teilrevision des Militärgesetzes aus. Wenn auch weiterhin Auslandeinsätze bewaffneter Einheiten verboten bleiben, könnten wir in Zukunft weder an friedenssichernden Massnahmen mehr teilnehmen, noch die Chance multinationaler Übungen im Rahmen der «Partnerschaft für den Frieden» so nutzen, wie sie uns am meisten bringt. Wie heute wären wir auf Hilfsfunktionen im «peace support» mit allen ihren Ungereimtheiten wie bei der Swisscoy und auf sehr beschränkte Ausbildungsmöglichkeiten angewiesen. Spätestens anfang 2001 muss das Volk diese Bremse frei geben müssen, wenn wir endlich zu einer lagegerechten Sicherheitspolitik aufschliessen wollen.

Was unser strategisches Umfeld betrifft, so gibt es bei uns immer noch Stimmen, die aufgrund der Kosovo-Krise den Ansatz der Sicherheitspolitik 2000 als bereits überholt bezeichneten. Es habe ein «Paradigmenwechsel» mit weitreichenden Konsequenzen stattgefunden. Gemeint sind offenbar die Folgen der Intervention der NATO in Serbien ohne ein entsprechendes Mandat des Sicherheitsrates. Das Dilemma zwischen dem die Souveränität der Nationalstaaten stützenden Völkerrecht, auf dem die UNO-Charta aufbaut, und dem zunehmenden Trend zur Einmischung in innerstaatliche Verhältnisse aus humanitären Gründen schafft in der Tat Probleme. Auch die Schweiz wurde davon betroffen, wollte sie sich doch aus Neutralitätsgründen der Kosovo-Aktion erst anschliessen, als diese den Segen des UNO-Sicherheitsrates bekam. Die Folge war unsere ungemütliche Neutralität zwischen einer Gemeinschaft demokratischer Staaten und einem gesuchten Kriegsverbrecher. Eine weitere Folge war, dass unsere «Aktion Alba» ironischerweise ausgerechnet im Schutz jenes Bündnisses stattfand, dem die Schweiz den Überflug verweigerte. Eine Auflösung des Gegensatzes mit seinen weltweiten Implikationen ist noch nicht abzusehen, aber es ist auch falsch, davon auszugehen, dass von nun an ein «Kosovo» nach dem andern ähnliche Probleme stellt.

Natürlich darf nicht übersehen werden, dass die Kosovo-Krise einige Elemente unseres strategischen Umfeldes neu akzentuiert hat. Die Dominanz der USA, der militärische Rückstand der Europäer und die wirtschaftliche Schwäche Russlands samt seinem Prestigebedürfnis sind auf besondere Weise sichtbar geworden. All das erschüttert aber das Grundgefüge der europäischen Sicherheitsbemühungen nicht. Im Gegenteil. Mehr denn je geht es um eine Gesamtstrategie der Stabilisierung. Und noch immer geben hierbei Demokratien den Ton an, deren Sicherheitsbedürfnis sie zum gemeinsamen Handeln führten und weiter führen werden. Der entsprechende Wille ist gerade in Europa in letzter Zeit (mit den Konferenzen von St. Malo und Köln) noch stärker geworden. Beweis hierfür ist unter anderem die Einsetzung eines «Mister GASP» in der Person des ehemaligen NATO-Generalsekretärs Solana.

Dass es immer wieder zu Differenzen betreffend die beste Art der kollektiven Sicherung kommt, wie zurzeit zwischen WEU und EU bezüglich der Beistandspflicht ihrer Mitglieder, ist normal. Solche sind aber weder neu noch beunruhigend, sondern vielmehr ein Zeichen für einen lebendigen Dialog verschiedener Standpunkte. Sie gehören zum «courant normal» einer multinationalen Evolution. Auch andere Probleme, wie zum Beispiel die Frage nach der Zukunft der Rüstungskontrolle, entwerten die Folgerungen des «Sicherheitsberichts 2000» nicht. Ausdrücklich wird darin auf hier lauernde Gefahren hingewiesen und für den Fall einer – heute allerdings noch keineswegs sichtbaren Verschärfung der militärischen Bedrohung – eine zum Voraus einkalkulierte «Aufwuchsfähigkeit» der Armee XXI vorgesehen.

Eine gewisse Verunsicherung scheint da und dort auch der *militärische Nato-Einsatz gegen Jugoslawien* hervorgerufen zu haben. «Alle Experten» hätten doch die Notwendigkeit eines Bodenkrieges gefordert, und dennoch sei die Entscheidung aufgrund der Luftschläge gefallen. Das rufe auch bei uns nach einer völlig neuen Armee, wie sie im Bericht 2000 nicht vorgesehen sei. Unsere Miliz sei offenbar überflüssig geworden. Auch hier gilt, dass ein spezifisches Einzelereignis nicht verallgemeinert werden darf. Eine ganze Reihe weiterer Szenarien kriegerischer Abläufe sind denkbar. Präzise Luftschläge auf wichtige strategische Ziele ohne grosse Kollateralschäden sind zwar infolge modernster Waffentechnik seit geraumer Zeit möglich; eine Folge der seit Jahren in den USA im Gange befindlichen «Revolution in Military Affairs» (RMA), die auch im Bericht 2000 (Kapitel 3.1.6.) klar angesprochen wird. Das heisst aber nicht, dass ihre Elemente immer und überall zur Anwendung kommen werden. In welcher Weise die Armee XXI auf die möglichen Entwicklungen reagieren will, wird sich erst anhand ihres künftigen Leitbildes zeigen. Man darf aber auch nicht vergessen, dass zwei ihrer drei Aufträge aus dem Bericht 2000 (Friedens- und Existenzsicherung) davon praktisch nicht

---

Sicherheit '99: Schweizerische aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend

Die Jahresstudien «Sicherheit» der Militärischen Führungsschule in Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse an der ETH dienen der Trendermittlung in der sicherheits- und wehrpolitischen Meinungsbildung in der Schweiz. Sie stützen sich auf im Jahres- oder Zweijahresrhythmus durchgeführte repräsentative Befragungen.

Die soeben in einer neuen Berichtsreihe und attraktiverem Format erschienene Ausgabe 1999 kann gegen einen Unkostenbeitrag bei der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse, ETH Zentrum, 8092 Zürich, Telefon 01 632 40 25, bestellt werden.

berührt werden. Die Hauptfolgerung aber ist einmal mehr, dass eine autonome Verteidigung nicht mehr möglich ist, sobald ein potentieller Angreifer über modernste Mittel in beträchtlicher Zahl verfügt. Kooperation, gestützt auf gemeinsames Training der Streitkräfte, wie sie im Bericht vorgesehen ist, drängt sich in diesem Falle auf.

Und noch eine – mehr zukunftsgerichtete – Folgerung drängt sich auf. General Klaus Naumann, der Vorsitzende des NATO-Militärausschusses während der Kosovo-Krise, hat sie formuliert (Europäische Sicherheit November 1999, S. 22): «Kosovo wird hoffentlich auch die Zögernden überzeugen, dass Konfliktverhinderung heisst, frühzeitig Entschlossenheit zu zeigen, dann könnte man vielleicht Konflikte verhindern, bevor sie zum Feuer werden.» Auch die Schweiz wird gut daran tun, Kosovo nicht bloss «rückwärts» auszuwerten, sondern «vorwärts», will heissen, unter dem Vorzeichen der Prävention zu deuten. Truppeneinsätze brauchen nicht unbedingt jedesmal die «ultima ratio» zu sein, ihr stabilisierender Gebrauch im Vorfeld von Konflikten setzt zwar Weitsicht und Entschlossenheit voraus, erspart aber ganzen Völkern unter Umständen Blut, Elend und enorme Kosten. Auch solche Überlegungen sind einzubeziehen, wenn wir jetzt daran gehen, die Armee XXI zu planen und zu schaffen.

Die Konsequenzen des neuen Bedrohungsspektrums haben sich erhärtet

Die detaillierte Bedrohungsanalyse des Berichts zeigt, dass im Gegensatz zur Zeit des Kalten Krieges nicht mehr mit einem Gegenspieler gerechnet werden kann, der sich in seinen Planungen von rationalen Argumenten leiten lässt. Machtpolitik im grossmehrheitlich demokratischen Europa spielt sich nur noch in lokalisierbaren Problemzonen mit militärischen Mitteln ab.

> Das heutige militärische Risiko ist sehr klein, aber Streitkräfte sind überall nach wie vor vorhanden.

Anderseits aber: Weder Flüchtlinge in Existenznot noch fanatische Extremisten noch erpresserische Regierungen hören auf Vernunftgründe, warum sie die Schweiz in Ruhe lassen sollen. Unsere bis vor kurzem taugliche Dissuasionsstrategie hilft hier nicht mehr weiter.

Die Gewaltformen, mit denen wir es heute und in absehbarer Zeit zu tun haben, machen klar, dass eine autonome Verteidigung aus personellen, finanziellen und technischen Gründen nicht mehr ausreichen würde, der Schweiz und ihrer Bevölkerung jenen Schutz zu bieten, auf den sie Anspruch haben. *Im Überblick:*

Das heutige **militärische Risiko** ist sehr klein, aber Streitkräfte sind überall nach wie vor vorhanden. Sie werden laufend modernisiert. *Auch die Schweiz muss sich darauf einstellen, ihre Armee eines Tages wieder «hochfahren» zu müssen. Dannzumal wird ihr Rückstand aber noch grösser sein als heute. Wie oben bereits angemerkt, wird sie den Gegner, je nach seiner Stärke, nur im Rahmen einer Koalition abwehren können. Schockreaktionen über diese Aussage sind dennoch fehl am Platz: Man erinnere sich an den Entschluss General Guisans von 1939, für den Fall eines deutschen Angriffs die Zusammenarbeit mit Frankreich vorzubereiten.*

Gegen die **Proliferation von Massenvernichtungswaffen und weitreichenden Trägersystemen** kann sich kein einzelner Staat mehr schützen. *Abschreckung und Abwehr verlangen übernationale Zusammenarbeit. Unser Schutzraumsystem, so hilfreich es ist, bietet nur einen passiven, das heisst reaktiven Schutz.*

Gegen **Globalisierung des organisierten Verbrechens und eines neuen Terrorismus** genügt die Verstärkung der Inneren Sicherheit allein nicht; letztlich auch keine «Grenzbesetzung», es braucht den Abwehrverbund aller betroffenen Staaten.

Die **Gefahr von Destabilisierung** infolge ethnischer, religiöser oder sozialer Spannungen, die Migrationen und Flüchtlingswellen auslösen, ist nach wie vor vorhanden. Ihre kriminellen Begleiterscheinungen können nur im Gleichschritt mit unseren Nachbarn gemeistert werden.

Der im Bericht 2000 neu definierte Bedrohungsbegriff als ***Gewalt (strategischen Ausmasses) aller Art,*** *wer immer sie uns androht oder gegen uns anwendet und der wir uns möglichst präventiv und wirksam entgegenstellen wollen,* schafft die Voraussetzung dafür, auf diese neue Situation einzugehen und unser gesamtes sicherheitspolitisches Instrumentarium lagegerecht zu überprüfen, soweit nötig neu zu strukturieren sowie eventuell auch eine Neuallokation der Finanzmittel vorzunehmen.

Keine Alternative zur Kooperationsstrategie

Als Folge aller dieser Überlegungen gibt es zwar Varianten in ihrer Ausgestaltung, aber keine grundsätzliche Alternative zur vom Bundesrat gewählten Kooperationsstrategie. Jedenfalls nicht, wenn man die Sicherheit von Land und Volk als menschliches Urbedürfnis und staatliche Pflicht in den Mittelpunkt stellt. Sowohl die Position «integrale Neutralität gestützt auf autonome Verteidigung» von Christoph Blocher (98) als auch jene eines NATO-Beitritts (Arbeitsgruppe Schoch 99) konnten aufgrund der Gesamtbetrachtung aller Parameter nicht überzeugen.

Die erste besitzt ausser dem Wert, den wir ihr selbst zumessen, kaum mehr aussenpolitisches, vor allem aber kein aktuelles strategisches Gewicht mehr; der zweite ist nicht nur innenpolitisch auszuschliessen, sondern sicherheitsmässig auch nicht zwingend. So hält der «Bericht 2000» zu Recht am *Kern unserer Neutralität,* betreffend die Nichteinmischung bei zwischenstaatlichen Konflikten fest. Umfeld und Lage erlauben aber, durch hohe Eigenleistung einerseits und aktive Kooperationen, für die neutralitätsrechtlicher Spielraum besteht, anderseits den Grad an Sicherheit zu erreichen, auf den unsere Bevölkerung Anspruch hat.

Auch Zwischenformen mussten verworfen werden. So die Konzentration unserer Anstrengungen und Mittel auf die Projektion einer Schweiz, die sich mit

Postulat J. Alexander Baumann, Sicherheitspolitischer Bericht «SIPOL B 2000»

Stellungnahme des Bundesrates

Nach Ansicht des Bundesrates ist der Sicherheitspolitische Bericht 2000 (SIPOL B 2000) eine taugliche Grundlage für die weitere Gestaltung einer realitätsbezogenen Sicherheitspolitik. Er orientiert sich an den Bedrohungen, Gefahren und Risiken, wie sie sich heute und in Zukunft präsentieren können.

Die Entwicklung im Gefolge der Kosovo-Krise hat die Aussagen des SIPOL B 2000 bisher bestätigt. Sämtliche im Zusammenhang mit dieser Krise getroffenen Massnahmen – namentlich die Operation Alba der Luftwaffe, die Focus-Hilfsaktion der DEZA, die Gewährung von Überflugsrechten an die NATO nach Vorliegen eines Mandats des UNO-Sicherheitsrates, die Entscheide des Bundesrates in der Flüchtlingspolitik sowie die Beteiligung eines Kontingentes der Schweizer Armee an der Kosovo-Force (KFOR) mit einem Logistikkontingent im österreichischen Bataillon – liegen auf der Linie des SIPOL B 2000.

Der Bundesrat sieht deshalb im heutigen Zeitpunkt keinen Anlass, den eben fertiggestellten Bericht schon wieder zu überarbeiten. Er wird die Entwicklung des sicherheitspolitischen Umfeldes intensiv und aufmerksam verfolgen, weitere Lehren aus dem Kosovo-Konflikt sowie aus weiteren Krisenregionen ziehen und gegebenenfalls in künftigen Grundsatzdokumenten zur Darstellung bringen. A. St.

Guten Diensten aller Art als besonders «humanitär und solidarisch» erweisen würde. Ein solches Profil wäre, so gut es sich auf den ersten Blick ausnimmt, kein Ersatz für eine umfassende Sicherheitspolitik. Kein ruchloser Erpresser, kein entschlossener Angreifer, keine kriminelle Bande würden es honorieren.

Dazu kommt ein weiterer Grund: «Sicherheit durch Kooperation» entspricht nicht zuletzt den Erwartungen der europäischen Staaten, künftig auf eine «normale Schweiz» zählen zu können, die zwar ihre eigenen Interessen hartnäckig vertritt, aber gleichzeitig auch bereit ist, zum gemeinsamen Ziel der Krisenbewältigung und Friedenssicherung mehr als bisher beizutragen. Dass sich ein solches «Aufschliessen zur Normalität» auf unseren gesamten aussenpolitischen Stellenwert mehrend auswirken wird, während andernfalls eine weitere Marginalisierung droht, lässt sich kaum bestreiten.

Der bewaffnete Auslandeinsatz ist auch aus Ausbildungsgründen notwendig

Für die Teilrevision des Militärgesetzes betreffend Bewaffnung schweizerischer Truppen im Ausland spricht *erstens* die dringend nötige Sicherstellung des Selbstschutzes der eingesetzten Angehörigen der Armee. Eine Situation an der Grenze militärischer Verantwortung und Effizienz wird damit aufgehoben. *Zweitens* wird die Voraussetzung für unsere gleichberechtigte Mitwirkung am erwähnten «Peace support» (es geht nicht um «peace enforcement»!) gemäss der «Petersburger Erklärung der WEU» geschaffen. Unbewaffnete Truppen werden in Zukunft zu Recht nicht mehr zugelassen. Wir dürfen uns einfach nicht täuschen. Friedenssicherung in Konfliktzonen – wie vielfach auch humanitäre Hilfe – sind nun einmal ohne ausreichenden militärischen Schutz nicht zu gewährleisten. Auch Banden, Terroristen und Kriminelle sind abzuwehren. Dazu gehören nicht nur der erwähnte Selbstschutz, sondern auch der Schutz der ganzen Einheit und die Mittel zur Durchführung des einmal übernommenen Auftrages. So wäre es *drittens* unter der Würde der Schweiz und ihrer Armee, nur solange mitzumachen, bis es gefährlich wird. Auch die Beschaffung von Lufttransportkapazität, die ansteht, darf nicht nur unter dem Gesichtspunkt eines eventuell nötigen Rückzuges und der Evakuation von Schweizern in misslischer Lage gesehen werden. Mindestens ebenso sehr geht es um sicheren Nachschub und nötigenfalls rasche Verstärkung für unsere Kontingente im Auslandeinsatz.

Die Bewaffnungsfrage hat aber *viertens* noch einen weitergreifenden Aspekt: Zurzeit haben wir uns selbst von gemeinsamen Truppenübungen im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden ausgeschlossen. Erst wenn wir aber mit normal bewaffneten Verbänden daran teilnehmen können, lässt sich auch ausbildungsmässig die Fähigkeit zur Zusammenarbeit im multinationalen Rahmen (Interoperabilität) erwerben, wie sie nicht nur für die heute anstehende Kooperation im peace support unverzichtbar ist, sondern auch bei einer neuen Zuspitzung der militärischen Bedrohung von grösster Bedeutung für das Schicksal der Schweiz werden könnte. Auch unsere Miliz kann ihre Verteidigungsfunktion in Zukunft nur sicherstellen, wenn sie sich auf einem zumindest europäischen Standard halten kann. Ihn aber erreicht man am besten im hautnahen Wettstreit mit Dritten.

> Auch unsere Miliz kann ihre Verteidigungsfunktion in Zukunft nur sicherstellen, wenn sie sich auf einem zumindest europäischen Standard halten kann.

Die neue Sicherheitspolitik erhöht unsere Handlungsfreiheit

Staatliche Unabhängigkeit in der vernetzten Welt grenzüberschreitender Probleme von heute ist in erster Linie eine Frage optimierter Interessenwahrung, wie sie im Bericht 2000 deutlich umschrieben wird. Hiezu dient vor allem auch die Sicherheitspolitik. Sie ist eben nicht nur eine Frage des Schutzes dank Selbstbehauptungswille, ausreichender Mittel und guter Organisation; sie ist in *erster Linie ein Instrument der Handlungsfreiheit*, die sich der Staat laufend und immer wieder neu schaffen muss. Diese Handlungsfreiheit war während den europäischen Grosskriegen und im Kalten Krieg noch weitgehend gewährleistet durch eine strikte Neutralität, durch selbst auferlegte Zurückhaltung und durch eine glaubwürdige autonome Verteidigungsfähigkeit. Im Umfeld befreundeter Nationen, aber gleichzeitig bedrängt von transnationalen Gefahren ist jenes Instrumentarium weitgehend überholt. Namentlich die integrale Neutralität ist kein eigentlicher Trumpf mehr: *Sie lässt sich, wie alt Aussenminister Klaus Kinkel – ein Freund der Schweiz – es kürzlich einmal formulierte, «in der Welt einfach nicht mehr vermarkten!»*

Heute müssen wir uns Handlungsfreiheit auf andere Weise verschaffen. Durch Mitbestimmung gestützt auf Zusammenarbeit und aktive Teilnahme an der Lösung von Problemen, die uns und andere Staaten gemeinsam betreffen. Hier hilft kein Einigeln und keine Beschwörung einer Freiheit, die – aus vielerlei politischen und wirtschaftlichen Gründen – längst nicht mehr so absolut ist, wie man uns oft glauben machen will. Sie lässt sich auch per Willensakt und Deklarationen nicht einfach wieder herstellen.

Freiheit setzt jedenfalls Sicherheit voraus. Aber auch der Umkehrschluss ist richtig. Die Sicherheit, die wir uns verschaffen wollen und müssen, lässt sich in Zukunft nicht gleichsam nebenher erwerben. Wir erreichen sie nur, wenn wir uns auf selbstbewusste Weise jene Handlungsfreiheit wahren, um vorurteilsfrei alle dafür notwendigen Massnahmen zu treffen, selbst wenn sie zum Teil neuartig sind und erst noch im Einzelnen definiert und zum Teil mit grossen Schwierigkeiten implementiert werden müssen. Dass wir dieses Hauptziel letztlich erreichen, dafür sorgt der Rahmen der Sicherheitskonzeption 2000 in optimaler Weise. ■

Gustav Däniker,
Dr. phil., Divisionär a D,
Rigistrasse 3,
8802 Kilchberg.

Letzter F/A-18 der Luftwaffe übergeben

Am 2. Dezember 1999 übergab die Gruppe Rüstung auf dem Flugplatz Payerne der Luftwaffe den letzten F/A-18 im Rahmen einer kleinen Feier. Mit der Integration des Flugzeuges J-5026 in die Flotte der Luftwaffe ist das mit 3,5 Mia. Fr. umfangreichste Beschaffungsvorhaben der Schweizer Armee termingerecht und im Rahmen des bewilligten Kredites erfolgreich abgeschlossen worden.

Durch die Endmotage von 32 Flugzeugen in der Schweiz wurden bewusst höhere Kosten in Kauf genommen, um dafür unbezahlbares Know-how im Bereich der *Schweizerischen Unternehmungen für Flugzeuge und Systeme* (SF) sicherzustellen. Neben der SF profitierten 70 Schweizer Firmen direkt als Zulieferanten vom F/A-18-Projekt. Weitere 350 Schweizer Unternehmen realisierten auf indirektem Weg Gegengeschäfte in der Höhe von total 2,1 Mia. Fr. Dass dies verschiedene Türen für den Markteintritt in den USA geöffnet und dem Werkplatz Schweiz Arbeitsplätze gesichert hat, ist sicher ein willkommener und befriedigender Nebeneffekt. Fy